

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser traf am Freitag in Hannover ein, besichtigte auf der Bahnhofsallee das Königs-Mann-Regiment und nahm sodann das Frühstück im Kasino des genannten Regiments ein. Um 3 Uhr fuhr der Monarch nach Hamburg weiter, wo am nächsten Tage bei Brunshütten die große Kaiserregatta auf der Elbe stattfand. Der Kaiser hat den Königs-Mann zwei silberne Kesselpaunen zum Geschenk gemacht.

*Die Besserung in dem Befinden des Großherzogs von Hessen hält der Darmstädter Zeitung zufolge an. Tägliche Bülletins werden nicht mehr ausgegeben.

*Nach einer der R. A. aus Petersburg zugehenden Meldung wird die Nachricht, daß es der Zar sei, auf dessen Wunsch der Uebertritt der Braut des Erbprinzen von Montenegro, Prinzessin Jutta von Mecklenburg-Strelitz, zur orthodoxen Kirche betrieben werde, in unterrichteten Kreisen bestritten. Kaiser Nikolaus habe, wie man versichert, auf diese Angelegenheit, über welche zwischen den Höfen von Strelitz und Cetinje verhandelt wurde, keinen Einfluss genommen.

*Betreffs des Gesetzesentwurfs zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses besteht in der nationalliberalen Fraktion des Reichstags die Auffassung, daß es sich empfehle, auf Grund der §§ 1 und 2 des Entwurfs den Versuch eines wirksameren Schutzes der Arbeitswilligen zu machen, daß die übrigen Vorschläge der Regierung aber keine geeignete Grundlage für ein gesetzgeberisches Vorgehen darbieten. Demgemäß hält man eine Kommissionsberatung, die sich in die Einzelheiten der Regierungsvorlage vertiefen würde, nicht für angemessen, sondern ist für die Vornahme der zweiten Lesung im Plenum. Auch die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich dahin schlüssig gemacht, die Kommissionsberatung des Entwurfs abzulehnen. Da die gleiche Haltung auch von den Freisinnigen, der deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten eingenommen werden wird, kann es schon jetzt als sicher gelten, daß ein etwaiger Antrag auf Verweisung der Reichsvorlage in eine Kommission von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt werden wird.

*Eine Strafstatistik in betreff der Zuwiderhandlungen der Unternehmer gegen die Vorschriften der Gewerbeordnung stellte der Kommissionsrat auf. Es wurden nämlich nach der Kriminalstatistik für 1897 gerichtlich bestraft: 96 Unternehmer wegen Vergehen gegen § 115 der Gewerbeordnung (Trunkthum), 2870 Unternehmer wegen Beschäftigung von Arbeitern an Sonntagen, 944 Unternehmer wegen sonstiger verbotswidriger Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, 8 Unternehmer wegen verbotswidriger Eintragung von Merkmalen ins Arbeitsbuch, zusammen also 3918 Unternehmer, die gerichtlich bestraft werden mußten, weil sie die zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Vorschriften verletzten.

Oesterreich-Ungarn.

*In Ungarn hoffen die parlamentarischen Kreise, daß sämtliche Ausgleichsvorlagen in spätestens drei Wochen im Plenum erledigt sein werden.

Frankreich.

*Poincaré hat die Segel gefahren; sein Versuch, ein Ministerium zu bilden, ist gescheitert. Loubet hatte darauf Konferenzen mit den Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer. Delcassé und Waldeck-Rousseau treten nacheinander in den Vordergrund.

*Esterházy ist aus London abgereist, unbekannt wohin, angeblich um die Dokumente gegen die Generale in Sicherheit zu bringen, da er seine Verhaftung und Auslieferung fürchtet.

England.

*Trotz des Kriegesgeschrei einer gewissen Presse halten amtliche Kreise an der Ueberzeugung fest, daß kein Transvaalkrieg

zu befürchten sei; mehrere Regierungen erteilten Krüger den freundschaftlichen Rat, einen Krieg möglichst zu vermeiden.

Italien.

*In Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Fabri in der Kammer bestätigte der Minister des Meublen Visconti-Venosta, daß der General Giletta unter der Aufsichtigung, auf französischem Gebiete militärische Landesaufnahmen gemacht zu haben, verhaftet worden sei. Visconti-Venosta fügte hinzu, er könne sich über die Angelegenheit nicht weiter äußern, erkläre jedoch, daß die Regierung der Sache durchaus fernstehe. Die Regierungen beider Länder würden, wie er versichern könne, den Zwischenfall in freundschaftlicher Weise zu erledigen trachten.

Dänemark.

*Der König von Dänemark empfing am Donnerstag mittag die Offiziere der in Kopenhagen liegenden deutschen Kriegsschiffe „Frischhof“ und „Obin“.

Amerika.

*Die westlichen Republiken Südamerikas streben eine Vereinigung an. Nach Madrid sind Privatmeldungen aus Buenos Ayres gelangt, die betagen, Chile habe mit den Regierungen aller westlichen Freistaaten Südamerikas Verhandlungen eingeleitet, um eine gemeinsame starke Flottenmacht zum Schutze der südamerikanischen Westküste zu begründen, deren Führung naturgemäß Chile zufallen würde. Es sei dies ein Versuch, gegenüber den imperialistischen Bestrebungen Nordamerikas die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit Südamerikas sicherzustellen.

Afrika.

*Der Volksrat von Transvaal beschloß Krügers Wahlrechtsvorschlüge anzunehmen, vor ihrer Einführung jedoch das Volk zu befragen. Krüger dankte dem Rat für diesen Beschluß und sagte: „In diesen sorgenvollen Zeiten wissen wir nicht, was geschehen mag. Die andere Seite hat kein Zielchen konzipiert und ich kann nicht mehr geben. Gott hat uns immer beigegeben. Ich wünsche keinen Krieg, aber ich werde nichts mehr von unsern Rechten fortgeben. Obgleich unsere Unabhängigkeit einmal weggenommen war, hat Gott sie uns wiedergegeben.“ — Der Haager Daily Telegr. -Korr. will erfahren haben, daß die holländische Regierung Krüger Vorstellungen gemacht habe über die verhängnisvollen Folgen, falls er seine gegenwärtige Politik forsetze.

*In dem Johannesburger Verschwörungssprozeß wurde beschlossen, das Hauptverfahren gegen die Angeeschuldigten zu eröffnen. Die Staatsanwaltschaft stellte fest, sie wolle nicht der englischen Regierung unterstellen, Mitwisserin der Verschwörung gewesen zu sein.

Asien.

*Der sibirische Kriegshafen Vladivostok soll in einen Handelshafen umgewandelt werden und als Hauptausgangspunkt der sibirischen Bahn dienen, Port Arthur aber zum Kriegshafen Ostsibiriens ausgebaut werden.

*Die Ermordung Lunas, des Nebenbuhlers von Aguinaldo, wird auf Grund einer Erklärung des Pariser Vertreters der philippinischen Regierung bestätigt. Der Vorgang könne allerdings die eingeweihten Kreise nicht überraschen, da die Haltung Lunas unter den Philippinos schon seit längerem großes Mißtrauen hervorgerufen habe. Luna sei andauernd bemüht gewesen, die Verhandlungen mit den Nordamerikanern wieder aufzunehmen und habe der thätkräftigen Verteidigungspolitik Aguinaldos vielerlei Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Man behaupte sogar, Luna habe das kürzlich verbreitete Gerücht von der angeblichen Ermordung Aguinaldos zu dem Zweck in Umlauf gesetzt, um sich plötzlich als alleiniger Machthaber auszuweisen und in dieser Stellung von den Nordamerikanern bestätigen zu lassen. Die persönlichen Freunde Aguinaldos hätten daher Luna schon mehrfach gedroht, ihn zu beseitigen, falls er seine zweideutige Haltung nicht aufgeben werde. Aguinaldo selbst sei zwar jedem derartigen Versuch mit Entschiedenheit entgegen-

getreten, doch habe er augenscheinlich die Erbitterung seiner Anhänger nicht völlig bemeistern können. Die Diktatur Aguinaldos fürde danach in einer Fügigkeit, die vor allem für die Amerikaner zu fürchten ist, die in dem Diktator einen unbeugsamen Gegner haben.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beendete am Donnerstag die dritte Lesung des Invalidenversicherungsgesetzes. Der sozialdemokratische Antrag betr. Wiedereinführung der in zweiter Lesung getrichenen Schutzvorschriften wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wurde debattiert, teils unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, teils mit reaktionellen Änderungen angenommen. Es folgte die dritte Beratung des Nachtragssetzels, der unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen wurde. Auch der Kolonial-Nachtragssetzels wurde darauf in dritter Lesung unverändert nach den Beschlüssen zweiter Beratung bewilligt.

Am 16. d. steht auf der Tagesordnung die erste Beratung des Handelsprovisoriums mit England. Dem Bundesrat soll durch dasselbe die Ermächtigung erteilt werden, den Erzeugnissen aus England und dessen Kolonien bis auf weiteres die Meistbegünstigung auch nach dem 30. Juli d. einzuräumen.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Die Schwierigkeiten, die einem Handelsvertrag mit England entgegenstehen, sind immer größer geworden, statt sich zu verringern, eine derselben ist die selbständige Stellung der englischen Kolonien zum Mutterland. Jede Kolonie hat eine eigene Regierung, eigenes Parlament und einen eigenen Zolltarif. Namentlich Kanada befolgt eine durchaus von England unabhängige Zollpolitik. Wir müssen unsere Handelspolitik darauf einrichten, entweder indem wir besondere Verträge mit den englischen Kolonien abschließen oder unseren autonomen Zolltarif dementsprechend gestalten, sonst leidet unser Handel und unser Gewerbeleben schweren Schäden. In der gegenwärtigen Vorlage erregt bei vielen der Passus Bedenken, daß der jetzige Zustand zwischen Deutschland und England auf unbestimmte Zeit verlängert werden soll. Hindernisse fängt schon an, die Zuzugnahme zu differenzieren, obwohl sich die dortigen Zollmaßnahmen nicht direkt gegen Deutschland richten. Unter diesen Umständen muß man aufhören, sich auf die sogen. Meistbegünstigung einzulassen. Die Hauptsache ist, daß so bald als möglich der spezifizierten autonome Zolltarif komme. Vorläufig empfehle ich die Annahme der Vorlage in der Hoffnung, daß der Warenaustausch zwischen Deutschland und den englischen Kolonien so gestaltet werden möge, daß wir nicht zu kurz kommen.

Abg. Deinhard (nat.-lib.) bringt die Erhöhung des englischen Weinzolles zur Sprache und gibt der Befürchtung Ausdruck, daß der deutsche Wein, der in den letzten Jahren immer mehr Anerkennung in England gefunden habe, von dieser Zollmaßnahme betroffen werde. Er hoffe, der Reichskanzler werde seinen ganzen Einfluss geltend machen, damit der deutsche Weinhandel nicht ungerechtfertigt geschädigt werde. Für die Begrenzung der Geltungsdauer des Handelsprovisoriums spreche auch er sich aus, damit der Reichstag in die Lage komme, von Zeit zu Zeit die Zollmaßnahmen zu erörtern.

Abg. v. Kardorff (freif.) spricht sich gleichfalls für die Begrenzung der Geltungsdauer in dem vom Abg. Grafen Kanitz empfohlenen Sinne aus.

Abg. Köstler-Kaizerslautern (Vund u. Landw.) weist darauf hin, daß selbst liberale Blätter gefordert haben, man solle England, falls dessen Kolonien deutsche Produkte differentialmäßig behandeln, die Meistbegünstigung vorenthalten, denn England selbst sei gar nicht in der Lage, etwas anderes zu gewähren als Zollfreiheit. Deshalb hätten wir ein volles Recht, Meistbegünstigung in den Kolonien als Äquivalent zu verlangen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Vordredner hat mir vorgehalten, daß wir England nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten. Die Wünsche in dieser Beziehung sind verschieden. Ein Industrieller wünscht den Zollkrieg, der andere rät zur Nachgiebigkeit. Wir werden uns weder durch Klagen noch durch Bedenken von dem Standpunkt abdrängen lassen, den wir für richtig halten. Die Behandlung Englands entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Wir haben Kanada gegenüber einen autonomen Tarif aufgestellt und gewähren den anderen Kolonien Meistbegünstigung. Aendert sich deren Verhältnis zu uns, so machen wir von der Vollmacht Gebrauch und stellen auch ihnen gegenüber autonome Tarife auf. Die englischen Kaufleute sind aber viel zu kühl und gute Redner und müssen sich sagen, daß sie sich dadurch nur selbst schädigen, denn die Einfuhr der englischen Kolonien nach Deutschland ist größer als unsere Einfuhr dort. Gewiß bin ich auch ein Freund eines autonomen Zolltarifs mit hohen Zollsätzen. Das ist ein gutes

Kompensationsobjekt für die Abschließung von Handelsverträgen. Der Zolltarif, den wir ausarbeiten, wird im Herbst vorgelegt werden, aber ohne Zollsätze. Wir werden inzwischen die Meistbegünstigung England gewähren, als gute Kaufleute, aber ohne die Frage grundsätzlich zu entscheiden. Wir werden von der Vollmacht nur so lange Gebrauch machen, als uns die differenzielle Behandlung Englands und seiner Kolonien nicht vorteilhafter erachtet.

Abg. Pasche (nat.-lib.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß in der Begründung der Vorlage die Gründe nicht angegeben worden sind, weshalb der Abschluß der Handelsverträge mit England und dessen Kolonien nicht möglich gewesen ist. In England mache sich in immer weiteren Kreisen das Verlangen nach Retorsionszöllen gegen die Ausfuhrprämien gewährenden Länder geltend; da müßten wir uns doch fragen, ob wir uns von den Engländern denn alles gefallen lassen sollen.

Abg. Sahn (wildkons.) hätte gewünscht, daß die Vorbereitungen zum neuen autonomen Tarif nicht so gelehrhaft gründlich geführt wurden, damit man schneller zum Ziele gelangte. Früher habe man schneidiger, exakter und schneller gearbeitet.

Abg. Brömel (fr. Vag.): Seine Freunde müßten anerkennen, daß die Schwierigkeiten, welche der definitiven Regelung unserer Handelsbeziehungen mit England entgegenstünden, besonders große seien. England und die Mehrzahl seiner Kolonien hätten sich bisher durchaus loyal verhalten und würden es auch weiterhin thun. Kanada sei von der Meistbegünstigung ausgeschlossen; es liege also kein Anlaß zu Bedenken vor.

Abg. Dersel-Sachsen (kons.) erklärt, er unterschreibe die Ausführungen der Abg. Köstler und Sahn vollständig. Einen Kriegsruf habe er aus denselben nicht herausgehört. Sie hätten nur dahin gelautet, daß Deutschland entschieden auftreten müsse, um zum Ausdruck zu bringen, daß es einen Zollkrieg schlichtemfalls auch nicht zu fürchten habe. Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert dem Abg. Sahn, daß eine Verzögerung in der Aufstellung des autonomen Zolltarifs durch die Produktions-Statistik garnicht habe eintreten können. Der Zolltarif werde nämlich im Reichshausamt aufgestellt, die Produktionsstatistik bearbeite das Reichsamt des Innern.

Abg. Müller (nat.-lib.) plaidiert für einen Doppeltarif, Minimal- und Maximaltarif. Ein solcher doppelter Tarif werde beim Abschluß der neuen Handelsverträge sehr dienlich sein.

Hiernächst schließt die erste Lesung der Vorlage. Die Verträge mit Uruguay und Brasilien werden debattiert in erster und zweiter Lesung genehmigt, ebenso die Vorlage betr. die Reichsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Preussischer Landtag.

Am Donnerstag begann im Abgeordnetenhaus die zweite Beratung der Kanalvorlage. Reichskanzler Fürst Hohenlohe gab im Namen der Regierung folgende Erklärung ab: „Die Staatsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Herstellung eines die Flußläufe des Landes verbindenden Kanals vom Rhein bis zur Elbe mit den sich anschließenden Seitenverbindungen dringend geboten ist. Der Rheinebe-Kanal ist eine notwendige Ergänzung der Verkehrsstraßen der Monarchie; er ist ein allen Wirtschaftszweigen Segen bringendes, die allgemeine Wohlthat heben des Kulturwerk und er erhöht die Wehrfähigkeit des gesamten deutschen Vaterlandes. Der Kanal wird kein Einfallthor für landwirtschaftliche Produkte sein, die Staatsfinanzen werden durch diesen Bau nicht geschädigt werden, die Leutenot sich nicht vermehren. Die Regierung legt auf die Annahme der Vorlage noch in dieser Session den größten Wert.“ Abg. v. Heeremann beantragte hierauf namens des Zentrums nochmalige Kommissionsberatung, weil noch nicht genügende Klarheit betreffs der Kompensationen geschaffen sei. Namens der beiden konservativen Fraktionen widersprachen dem Antrage die Abgg. Stengel und Graf Limburg-Strum, während die Abgg. Sattler, Mildert und Richter sich namens der drei liberalen Fraktionen dafür erklärten. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Heeremann mit 240 gegen 160 Stimmen angenommen.

Am Freitag richteten im Abgeordnetenhaus die Abgg. Hören und Hise (Atr.) die Anfrage an die Regierung, aus welchen Gründen der in der Thronrede angekündigte Gesetzesentwurf betr. die Besteuerung der Warenhäuser dem Landtage noch nicht vorgelegt sei. Minister v. Miquel erklärte, es liege lediglich an den Schwierigkeiten, welche die Materie selbst bietet. Er hoffe indes, dem Landtage in der nächsten Tagung eine entsprechende Vorlage zugehen lassen zu können. Nach einer Beantwortung der Interpellation wurde dann auf Antrag des Abg. v. Heidebrand in zweiter Lesung der Gesetzesentwurf betr. Anstellung und Verpflegung der Kommunalbeamten in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Polizei verfallen.

101 Erzählung von Philipp Salem.

(Fortsetzung.)

Namentlich wir beide, mein Freund und ich, wagten kaum zu atmen, als hinge von unserm Verhalten der glückliche Ausgang des Unternehmens ab, und wir waren so ganz und gar bei der Sache, als ob wir ebenso berufsmäßig dabei beteiligt wären, wie der Mann, der da so still wie eine Bildsäule auf seinem Platze saß. Nur von Zeit zu Zeit warf ich einen hastigen Blick auf ihn hin, und das verursachte mir jedesmal ein nie vorher empfundenes Behagen. Die höchste Spannung, die vollkommenste ruhige Erwartung eines bestimmt vorausgesehenen Ereignisses lag auf allen seinen Zügen, die friedfertigkeit, fast phlegmatischste Ruhe sprach sich in seinem ganzen Wesen aus, und nicht die geringste Spur von Ungebuld oder Aufregung war an ihm wahrzunehmen.

Unbeweglich behauptete er seinen Platz, unansgeleht blickten seine Augen über die Straße fort, kein auf derselben laut werdendes Geräusch, kein Wagenrollen leitete seine Aufmerksamkeit ab; denn er schien gleichsam instinktmäßig zu wissen, daß er sich diesmal nicht irren könne und daß das lehnlichst Erwartete notwendig nun bald ins Leben treten müsse.

So vergingen wieder einige mich sehr aufregende Minuten. Ich sah noch einmal nach der Uhr, sie zeigte eben auf sieben Minuten nach vier, da fuhren wir, das heißt mein Freund und ich, wie von einem jähen Schreck erfaßt, zusammen.

„Galt!“ rief der Polizeirat plötzlich mit einer fast drohenden und gleichsam auffanzenden Stimme. „Sehen Sie, sehen Sie, bewegt sich die weiße Gardine nicht? Ha, sie ist die leichteste und regt sich zuerst, — ja, und jetzt blähen sich auch die roten auf. Bei Gott! Die Kerle sind drinnen, sie haben die Korridorthür erbrochen, und nun werden sie gleich ihre Arbeit des Ausräumens und Einpackens beginnen!“

Und er sprang, wie von einer Spiralfeder emporgeschleudert und gewiß des langen ruhigen Sitzens müde, von seinem Stuhle auf, warf die noch brennende Zigarre fort, griff nach Hut und Stock und schritt hastig nach der Thür.

„Adieu, meine Herren!“ rief er uns noch flüchtig zu, „ich danke Ihnen herzlich, jetzt gehe auch ich an die ernstere Arbeit. Auf Wiedersehen!“ Und gleich darauf war er aus dem Zimmer getreten und stieg, wieder mit der alten Ruhe, die unter seinem schweren Tritt trachenden Treppenschritten hinab.

Wir beide ameten, bekommen und doch wie von einem Alp befreit, aus tiefster Brust auf; denn die große Spannung, die uns in der letzten halben Stunde, ja den ganzen Nachmittag in Fesseln gehalten, hatte endlich ihre Lösung gefunden, und eine neue Spannung, aber ganz anderer Art als die vorige: nämlich zu sehen, was sich nun begeben würde, hatte uns ergriffen. Nach Öffnen wir das eben geschlossene Fenster wieder, stellten uns an demselben auf und blickten voll Erwartung nach der Straße hinab.

Da wurde uns denn ein ganz eigenes Schauspiel zu teil. Aufig, den Kopf straff aufrecht

haltend und die den Stod fest umfassenden Hände auf den Rücken gelegt, trat der Polizeirat aus dem Hause auf die Straße hinaus, begab sich mitten auf den Damm, auf dem in diesem Augenblicke gerade kein Wagen fuhr, schau sich erst aufmerksam nach allen Seiten um und zog dann ein großes weißes Tuch aus der Tasche, um es gleich darauf über seinen Kopf zu erheben und lebhaft in der Luft umherzuschwenken.

Dies schien das mit seinen Myrindonen verabredete Zeichen zu sein, und daß es wirklich, das heißt, von allen Seiten her wahrgenommen sei, sollten wir in wenigen Augenblicken erkennen. Denn wie aus dem Boden gewachsen, tauchten aus allen Nachbarhäusern stämmige Männer auf, einige in Zivilkleidern, andere in den bekannten grünen Uniformen der Gendarmen oder den blauen Röcken aktiver Polizeimannschaft.

Alle aber bewegten sich eifertig, manche springend, andere schleichend von der Peripherie nach dem Zentrum, das heißt, nach dem Hause des bedrohten Professors hin, und in wenigen Minuten waren sie, dem Polizeirat folgend, in dasselbe eingetreten, wo sie nun unseren Blicken entwandten wie bewegliche Schatten, die instinktmäßig zu wissen schienen, was sie nun zu thun und wo sie — das gesuchte Licht zu finden hätten.

Ob sie nun alle im Innern des Hauses die Treppe erkletterten oder zum Teil den Hof besetzten und den hinteren Ausgang verperrten, sahen wir nicht, aber wir dachten es uns, und wahrscheinlich hatten wir dabei das Rechte getroffen.

Als die Sache so weit gediehen war, jaudzten wir beide fröhlich auf, brannten uns eine Zigarre an und legten uns ins Fenster, um in aller Gemächlichkeit, aber freilich womöglich noch größerer Spannung als vorher das Ende des Ganges abzuwarten. Und dies Ende sollte wirklich gekommen sein, denn schon nach etwa zehn Minuten trat ein Gendarm, gefolgt von fastig ihm nachstürzenden Bewohnern und Kindern des Professorhauses, vor die Thür, zog ebenfalls ein weißes Taschentuch hervor und wehte fröhlich damit in der Luft.

Nun dauerte es nur noch wenige Augenblicke, da kam im scharfen Trabe ein zweispänniger schwerer und großer Wagen angelockt und hielt vor dem plötzlich so belebten Hause, nachdem der klüftige die Pferde in kurzer Wendung nach den Linden hin umgedreht hatte.

Gleich darauf trat der Polizeirat heiteren Angesichts vor die Thür, von einigen Hausbewohnern umringt, die ihm alle durch Grüßen und Nicken die größte Ehrerbietung erwiesen. Er aber, nur einen raschen Blick nach uns emporwerfend und mit dem abgenommenen Gute wie zum Abschied grüßend, ging ruhig wie immer, als ob er eben nur einen harmlosen Besuch abgestattet, die Straße hinab.

Bald nach ihm aber kamen einige Polizeidiener aus dem Hause, denen die überlisteten Spitzbuben, drei sonntäglich gefleibete und ganz anständig erscheinende Männer, mit sichtbar betroffenen Gesichtern und unverkennbaren Armeiständerinnen folgten; ihnen schlossen sich wiederum einige Gendarmen an.

Gleich darauf hatte sich eine große Menschen-